



Empfehlung Verfasser: CDU-Fraktion - Droske, Klaudyna / Schmidt, Sylvia / Krolo, Matea / Klön, Tomasz / Gamp, Richard / Schulz, Marvin	Drucksache-Nr: 2279/XXI Datum: 18.12.2024				
Migration managen. Sicherheit stärken.					
Beratungsfolge: <table><thead><tr><th><i>Datum</i></th><th><i>Gremium</i></th></tr></thead><tbody><tr><td>08.01.2025</td><td>Bezirksverordnetenversammlung Reinickendorf</td></tr></tbody></table>		<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	08.01.2025	Bezirksverordnetenversammlung Reinickendorf
<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>				
08.01.2025	Bezirksverordnetenversammlung Reinickendorf				

Beschlussvorschlag:

Die Bezirksverordnetenversammlung wolle beschließen:

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich dafür einzusetzen, dass die zuständigen Stellen im Land Berlin den Austausch mit der Bundesverwaltung, insbesondere dem Bundesinnenministerium, intensivieren. Ziel ist es, frühzeitig über politische Entscheidungen informiert zu werden, die den Migrationsdruck in Reinickendorf spürbar mindern und zugleich die Sicherheit im Bezirk nachhaltig stärken können.

Sachverhalt:

Nicht erst die schrecklichen Vorfälle von Solingen verdeutlichen, dass unkontrollierte Migration eine Gefahr für unsere Sicherheit mit sich bringen kann. Reinickendorf ist dabei in besonderer Weise betroffen: Hier befinden sich die beiden zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen Berlins, darunter Europas größtes Flüchtlingslager. Zudem gibt es im Bezirk zahlreiche weitere Unterkünfte sowie Hotels und Hostels, die für die Unterbringung von Geflüchteten genutzt werden.

Ein besonderes Problem entsteht, wenn - wie vor wenigen Wochen erst geschehen - kriminelle, bereits abgeschobene Asylbewerber erneut nach Deutschland einreisen und in Berlin ankommen – denn sie werden in den Aufnahmeeinrichtungen Reinickendorfs untergebracht. Auch wenn die Steuerung der Migration primär eine Aufgabe des Bundes ist, trägt die Reinickendorfer Bezirksverwaltung die Hauptlast der Integration: von der Aufnahme von Flüchtlingskindern in Schulen über die Gewährung von Sozialleistungen bis hin zur Bereitstellung von Wohnraum. Trotz großer Anstrengungen seitens des Bezirksamts reichen die lokalen Ressourcen nicht aus, um diesen Aufgaben gerecht zu werden. Die Folge ist, dass der Migrationsdruck im Bezirk höher ist als überall sonst. Dies stellt eine unverhältnismäßige Belastung Reinickendorfs dar, die Unsicherheiten und Überforderungen in der Gesellschaft verstärkt.

In den vergangenen Jahren war eine enge Zusammenarbeit mit den zuständigen Bundesbehörden kaum möglich, da dort ein klarer Handlungsrahmen zur mindestens temporären Begrenzung der Migration und zur besseren Übersicht über die bestehenden Fälle nicht ausreichend entwickelt wurde. Dies führte dazu, dass notwendige Entscheidungen ausblieben, die den Migrationsdruck in Reinickendorf hätten verringern können.

Angesichts der Möglichkeit einer Neuausrichtung der Bundespolitik in diesem Bereich ist es jetzt dringend erforderlich, frühzeitig die Voraussetzungen für eine präzisere Erfassung der in Reinickendorf lebenden Geflüchteten zu schaffen. Dies ist nötig, um im Falle veränderter Rahmenbedingungen beispielsweise Abschiebungen von Personen, die über kein Aufenthaltsrecht verfügen, aber auch Integrationsmaßnahmen von Asylbewerbern, die in Deutschland eine berufliche Zukunft haben, effektiv begleiten zu können. Ein intensiver Austausch mit den zuständigen Stellen des Bundes sowie eine enge Abstimmung zwischen Bezirk und Land Berlin sind hierbei von zentraler Bedeutung, um auf politische Änderungen rechtzeitig reagieren und gezielte Maßnahmen umsetzen zu können.